

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Frank Schäffler, Dr. Volker Wissing, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Mehr Netto für alle

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Familien, Arbeitnehmer und Mittelstand sind die Leistungsträger in unserem Land. Sie zu stärken ist die zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Der Ertrag von Arbeit muss soweit wie möglich in den Händen der Arbeitnehmer bleiben. Der Deutsche Bundestag spricht sich für ein einfaches, gerechtes und wettbewerbsfähiges Steuersystem aus.

Viele Arbeitnehmer spüren nicht, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland bei ihnen persönlich ankommt. Die Tarifabschlüsse der letzten Monate haben für viele Beschäftigte eine nennenswerte Erhöhung des Bruttolohns gebracht. Aber Lohnerhöhungen werden vielfach durch Preissteigerungen bei den Ausgaben des täglichen Bedarfs und vor allem bei Strom und Benzin aufgezehrt. Jeder Einzelne muss aber von Lohnerhöhungen wirklich profitieren. Familien, Arbeitnehmer und Mittelstand brauchen mehr Netto vom Brutto.

Der Deutsche Bundestag spricht sich für deutliche Entlastungen bei Steuern und Abgaben aus, vor allem für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen. Die dazu notwendige Senkung des Einkommensteuertarifs soll nicht durch den Abbau von Abzugsmöglichkeiten gegenfinanziert werden. Vielmehr sollen die haushaltspolitischen Spielräume genutzt werden, um eine echte Entlastung für jedermann zu erreichen.

Das aktuelle Gutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2008 empfiehlt, die Steuerbelastungen zu verringern und zumindest die „heimlichen“ Steuererhöhungen zu vermeiden. Das Argument, es gäbe keinen Raum für Steuer-

senkungen, bezeichnen die Institute in diesem Zusammenhang als „irreführend“, weil es lediglich darum gehe, eine Zunahme der Steuerbelastung zu vermeiden.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihren Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Steuerentlastungen stehen hierzu allerdings nicht im Widerspruch: Sie verhelfen vielmehr der Strategie der Haushaltskonsolidierung zum Erfolg, denn sie erhöhen das verfügbare Einkommen der Bürger sowie die Arbeitsanreize und fördern damit das Wirtschaftswachstum.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden liegen im Jahr 2008 insgesamt um über 100 Mrd. Euro und damit fast ein Viertel höher als im Jahr 2005. Nach der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute in der Mittelfristprojektion bis 2012 ist mit einem durchschnittlichen nominalem BIP-Wachstum von rund 3 Prozent jährlich zu rechnen. Zumindest mit dieser Wachstumsrate werden auch die Steuereinnahmen mitlaufen. Nach überschlägiger Sachschätzung wird der Gesamtstaat im Jahr 2012 gegenüber 2008 weitere 100 Mrd. Euro zusätzliche Steuern einnehmen.

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, einen Teil dieser Mehreinnahmen beim Steuerzahler zu belassen. Die öffentlichen Haushalte können dennoch mit erheblichen Mehreinnahmen rechnen. Eine rechtzeitige politische Entscheidung hilft, mittelfristig das Ausgabeverhalten entsprechend anzupassen. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, vor der Einführung eines einfachen, niedrigen und gerechten Steuersystems die Sofortentlastung und die erste Stufe des CSU-Steuerkonzepts umzusetzen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Gesetzentwürfe vorzulegen, die folgende Punkte berücksichtigen:

1. Zum 1. Januar 2009 werden Kindergeld und Kinderfreibeträge erhöht. Der Umfang der Erhöhung ist abhängig von den Ergebnissen des für Herbst dieses Jahres angekündigten Siebten Existenzminimumberichts der Bundesregierung.
2. Die Pendlerpauschale wird in der bis 2006 geltenden Form wieder eingeführt.
3. Zum 1. Januar 2010 wird der Grundfreibetrag von 7 764 auf 8 004 Euro erhöht, der Eingangsteuersatz von 15 Prozent auf 13 Prozent abgesenkt.
4. Der Einkommensteuertarif wird so abgeflacht, dass nicht mehr bei einem Einkommen von 12 739 Euro ein Steuersatz von 23,97 Prozent gilt, sondern bei einem Einkommen von 14 000 Euro ein Steuersatz von 23,35 Prozent.

Berlin, den 27. Mai 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion